

Energie, Klima, Umwelt | Energie

Sichere und bezahlbare Energieversorgung in der EU

vbw

Position
Stand: Februar 2024

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Neue geopolitische Herausforderungen erfordern ambitionierten Umbau des Energiesystems

Die Energiekrise im Zusammenhang mit Russlands Überfall auf die Ukraine hat gezeigt, wie verletzlich die Energieversorgung Europas ist. Um sie für die Zukunft resilient, bezahlbar und klimafreundlich aufzustellen, bedarf es einer weitsichtigen Systemplanung. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und der dringend benötigten Energieinfrastruktur, auch für die Wasserstoffwirtschaft, muss konsequent vorangebracht werden.

Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit müssen dabei unbedingt gewährleistet sein, wenn die Energiewende nicht zu einer massiven Belastung für die europäische Wirtschaft werden soll. Wir brauchen eine deutlich engagiertere und pragmatischere Industriepolitik, um die energieintensiven Unternehmen in der EU zu erhalten.

Eine Aufspaltung der einheitlichen deutschen Strompreiszone ist unbedingt zu vermeiden. Sie würde zu höheren Strompreisen in Süddeutschland führen. Eine Schwächung der industriellen Zentren im Süden würde aber ganz Deutschland – und Europa – hart treffen, da eine Abwanderung nach Asien oder in die USA erfolgen würde.

Bertram Brossardt
21. Februar 2024

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Energieunion sinnvoll weiterentwickeln	2
1.1 Wettbewerbsfähiges Energiesystem schaffen	2
1.2 Aufspaltung der deutschen Strompreiszone verhindern	2
2 Preiswerte Energie sicherstellen	4
2.1 Strommarkt für einen wettbewerbsfähigen Standort entwickeln	4
2.2 Europäischen Brückenstrompreis schaffen	4
3 Wasserstoffwirtschaft aufbauen	6
3.1 Wasserstoffinfrastruktur international denken	6
3.2 Rasche Preissignale für mehr Planungssicherheit senden	6
3.3 Kooperationen diversifizieren	6
4 Integrierten Infrastrukturausbau voranbringen	8
Ansprechpartner/Impressum	9

Position auf einen Blick

Energieversorgung in der EU muss klimaneutral werden und dabei sicher und bezahlbar bleiben

Energieunion sinnvoll weiterentwickeln

Die Energieunion steht angesichts neuer geopolitischer Herausforderungen vor einem entscheidenden Wendepunkt und muss im Hinblick auf eine Transformation hin zu einem klimaneutralen Energiesystem weiterentwickelt werden. Die Aufteilung der deutschen Strompreiszone ist unbedingt zu vermeiden. Die hohen Anforderungen der EU für den zonenübergreifenden Stromhandel sind zwar grundsätzlich richtig, müssen jedoch für eine Übergangszeit gelockert werden. Sie würden zu massiven Netzengpässen und damit zu einem extremen Anstieg von Redispatch und damit der Stromkosten führen.

Preiswerte Energie sicherstellen

Die hohen Energiepreise sind in vielen Mitgliedstaaten eine große Belastung, insbesondere für die energieintensiven Unternehmen, die häufig am Anfang von Wertschöpfungsketten stehen, die durch die gesamte EU führen. Durch die Energiekrise hat sich die Situation noch einmal deutlich verschärft. Wettbewerbsfähige Strompreise sind zudem ein wichtiger Treiber für die Sektorenkopplung und den Einsatz klimafreundlicher Technologien. Wir brauchen schnellstmöglich einen effektiven Brückenstrompreis als Übergangslösung.

Wasserstoffwirtschaft aufbauen

Der zur Erreichung der Klimaziele notwendige Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit erfordert die zeitnahe Umsetzung geeigneter Rahmenbedingungen. Es gilt ein europaweites Wasserstoffnetz aufzubauen, da die europäische Wirtschaft eng verflochten ist und der Hochlauf nur funktionieren kann, wenn der Transport und die dazugehörige harmonisierte Normenlandschaft von Wasserstoff und seinen Derivaten effizient gestaltet werden.

Integrierten Infrastrukturaufbau voranbringen

Um den steigenden Anteil dezentraler Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, neuer Verbraucher aus dem Industrie-, Verkehrs- und dem Wärmebereich und einen intensivierten grenzüberschreitenden Stromhandel zu integrieren, ist ein leistungsfähiges, flexibles und steuerungsfähiges Stromsystem nötig, das intelligent mit der Gas- und einer zu errichtenden Wasserstoffinfrastruktur und den Verbrauchssektoren vernetzt ist. Gleichzeitig muss ein europäisches CO₂-Transportnetz geplant und möglichst schnell umgesetzt werden.

1 Energieunion sinnvoll weiterentwickeln

Aufspaltung der deutschen Strompreiszone verhindern

Die Energieunion steht angesichts neuer geopolitischer Herausforderungen vor einem entscheidenden Wendepunkt. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die Energieversorgung der EU hart getroffen. Durch den REPowerEU Plan und andere Maßnahmen konnte die Gasversorgung jedoch erfolgreich diversifiziert und der Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt werden. Dies verlieh der Transformation hin zu einem klimaneutralen Energiesystem neue Dynamik, an die auch in Zukunft angeknüpft werden muss.

1.1 Wettbewerbsfähiges Energiesystem schaffen

Eine möglichst große Unabhängigkeit von Energieimporten sollte nach wie vor zentrales Ziel der Energieunion sein. Die hohen Energiepreise sind jedoch in vielen Mitgliedstaaten nach wie vor eine große Belastung für Wirtschaft und Haushalte. Insbesondere die energieintensiven Unternehmen werden stark belastet. Die Energieunion muss daher mit dem Ziel der Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie weiterentwickelt werden. Je enger die Energiemärkte und -infrastrukturen Europas zusammenwachsen, desto sicherer und günstiger kann Energie bereitgestellt werden. Dabei ist jedoch auf ein möglichst effizientes Gesamtsystem zu achten.

1.2 Aufspaltung der deutschen Strompreiszone verhindern

Eine aufwendige Trennung der deutschen Strompreiszone muss verhindert werden. Der Strompreis in Süddeutschland würde durch einen Strompreiszonenplit deutlich höher liegen als im Norden. Eine Schwächung der Industriezentren in Süddeutschland würde jedoch auch Europa hart treffen, da die Abwanderung tendenziell nach Asien oder die USA stattfinden würde. Außerdem werden ohnehin verstärkt Anstrengungen unternommen, den strukturellen Engpass durch einen schnelleren Ausbau der Netze und der erneuerbaren Energien im Süden zu beseitigen. Die Implementierung eines Strompreiszonenplits wäre so aufwendig, dass es nicht nachvollziehbar wäre, einen bereits laufenden und möglichst mit noch mehr Tempo vorangetriebenen Ausbau der Energieinfrastruktur nicht abzuwarten. Die hohen Anforderungen der EU für den zonenübergreifenden Stromhandel sind zwar grundsätzlich richtig, müssen jedoch für eine Übergangszeit gelockert werden. Sie würden zu massiven Netzengpässen und damit zu einem extremen Anstieg von Redispatch und damit der Stromkosten führen. Der Zielwert muss deutlich gesenkt und eine Anpassung für den Fall vorgesehen werden, dass die Übertragungsnetzbetreiber einer Region feststellen, dass er technisch nicht erreicht werden kann. Als Zieljahr sollte 2030 definiert werden.

Hintergrund Strompreiszonenplit

Die europäischen Anforderungen an das deutsche Stromnetz können ohne leistungsfähige Übertragungsleitungen nicht eingehalten werden. Hintergrund ist, dass bis 2025 die Netzbetreiber in der Lage sein müssen, mindestens 70 Prozent der Übertragungskapazität an den grenzüberschreitenden Stromleitungen (Interkonnektoren) für den Stromhandel mit den europäischen Nachbarn bereitzustellen (Art. 16 Abs. 8 Strombinnenmarkt-Verordnung). Die Europäische Kommission droht bei Nichterfüllung mit einer Aufteilung der einheitlichen deutschen Strompreiszone, da gemäß Art. 14 der Strombinnenmarkt-Verordnung eine Gebotszone keine strukturellen Engpässe aufweisen darf.

Aktuell arbeiten die vier deutschen ÜNB gemeinsam mit den europäischen ÜNB gemäß der Verpflichtung durch ACER an einer Gebotszonenstudie, dem sogenannten Bidding Zone Review (BZR). Dieser Prozess entstammt dem Clean Energy Package der EU-Kommission von 2019. Dabei werden anhand von 22 Indikatoren aus den Kategorien Systemsicherheit, Markteffizienz, Stabilität und Robustheit sowie Energiewende mögliche Vor- und Nachteile von alternativen Konfigurationen von Stromgebotszonen berechnet. Die Vorgaben für die Methodik, die Indikatoren und Split-Szenarien kommen von ACER, dem Zusammenschluss der Europäischen Regulierungsbehörden. Eine mögliche Folge der Aufteilung der Gebotszone wären höhere Strompreise in Süddeutschland, da dort die Verbrauchszentren in Deutschland liegen und noch zu wenig erneuerbare Energien erzeugt werden. Weitere Konsequenzen werden die Berechnungen der ÜNB zeigen.

2 Preiswerte Energie sicherstellen

International wettbewerbsfähige Strompreise für Standortsicherung und Klimaschutz

Die hohen Energiepreise sind in vielen Mitgliedstaaten eine große Belastung, insbesondere für die energieintensiven Unternehmen, die häufig am Anfang von Wertschöpfungsketten stehen, die durch die gesamte EU führen. Durch die Energiekrise hat sich die Situation noch einmal deutlich verschärft. Wettbewerbsfähige Strompreise sind zudem ein wichtiger Treiber für die Sektorenkopplung und den Einsatz klimafreundlicher Technologien.

2.1 Strommarkt für einen wettbewerbsfähigen Standort entwickeln

Die EU hat bereits wichtige Weichen für ein künftiges Strommarktdesign gestellt. Es ist richtig, die Grundarchitektur des Strommarkts nicht zu verändern und am Mechanismus der Merit Order festzuhalten. Auch ein Förderregime für erneuerbare Energien sollte beibehalten werden. Differenzverträge (Contracts for Difference) können dafür sorgen, dass etwaige Mehrerlöse zugunsten der Stromkunden abgeschöpft werden.

Um den Bau von Residuallastkraftwerken anzureizen, also Kraftwerken, die die Versorgungslücke in den Stunden des Jahres schließen, in denen die Erträge aus Wind und Sonne nicht ausreichen, ist darauf zu achten, dass kosteneffiziente Mechanismen den Vorzug erhalten.

Für Stromverbraucher stellen selektive Kapazitätsmechanismen das kostengünstigste Instrument dar. Der Anreiz über umfassende Kapazitätsmechanismen ist für die Stromverbraucher deutlich teurer. Ein alleiniger Anreiz des Zubaus über den Energy-Only-Markt ist mit großen Unsicherheiten behaftet und kann zu erheblichen Mehrkosten für die Verbraucher führen.

Aus Sicht der Stromverbraucher sollten sich die Kosten der Verstromung von Wasserstoff nicht im Strompreis widerspiegeln. Hierfür sind zusätzliche Instrumente einzuführen. Ansonsten ist mit einem hohen Anstieg des Großhandelspreisniveaus zu rechnen.

2.2 Europäischen Brückenstrompreis schaffen

Wir brauchen schnellstmöglich einen effektiven Brückenstrompreis als Übergangslösung, bis ausreichend erneuerbare Energien dämpfend auf die Strompreise wirken. Dabei darf weder die Zugehörigkeit zur Industrie noch die Größe des Unternehmens entscheidend sein. Die gesamte Wirtschaft soll im Wesentlichen auf strombasierte Lösungen umstellen und muss dementsprechend Anreize und Möglichkeiten dafür erhalten, um die Transformationsphase erfolgreich bewältigen zu können. Die EU muss den Weg dafür freimachen.

[Preiswerte Energie sicherstellen](#)

Ohne solche zeitlich begrenzten staatlichen Entlastungen zeichnet sich eine De-Industrialisierung in Europa ab, die zu schweren Verwerfungen in der gesamten Wirtschaft führen würde. Es droht eine Verlagerung von Produktion und damit Arbeitsplätzen an kostengünstigere Standorte in Asien und den USA. Dies hätte schwerwiegende Folgen auch für nachgelagerte Branchen sowie gravierende Auswirkungen auf Wertschöpfung und Wohlstand in Europa. Eine einheitliche Regelung in Europa würde zudem Wettbewerbsverzerrungen verhindern und ein europäisches Level-Playing-Field schaffen.

3 Wasserstoffwirtschaft aufbauen

Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wasserstoffwirtschaft schaffen

Der zur Erreichung der Klimaziele notwendige Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit erfordert die zeitnahe Umsetzung folgender dringender Maßnahmen.

3.1 Wasserstoffinfrastruktur international denken

Auch der Zugang zu bezahlbarem Wasserstoff in ausreichender Menge muss sichergestellt werden, um das langfristige Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Die Wasserstoffwirtschaft ist als europäisches Projekt zu sehen. Es gilt, zügig ein europaweites Wasserstoffnetz aufzubauen, das alle Erzeugungs- und Verbrauchsschwerpunkte prioritär erschließt, und technologieoffene Rahmenbedingungen für den Einsatz von Wasserstoff und seinen Derivaten europaweit zu klären.

3.2 Förderlandschaft optimieren

Förderung wie IPCEI und nationale Förderrichtlinien müssen praktisch gedacht und übersichtlich gestaltet werden. Die aktuelle Komplexität der Förderlandschaft bringt einen hohen bürokratischen Aufwand mit sich, der den Nutzen von einzelnen Förderrichtlinien teilweise relativiert. Dieser bürokratische Aufwand ist auf europäischer und Bundesebene deutlich zu reduzieren. Hilfreich ist hier ein technologieoffener und farbenpluraler Ansatz, der für eine effiziente Transformation und einen schnellen Markthochlauf geeignet ist.

3.3 Rasche Preissignale für mehr Planungssicherheit senden

Um den Hochlauf voranzutreiben, müssen zeitnah Preissignale für Wasserstoff in den Markt gesendet werden. Instrumente wie Contracts for Difference, eingesetzt bei Wasserstoffauktionen von H2Global und EU-Wasserstoffbank, sollten dazu weiter ausgerollt und angemessen dotiert werden.

3.4 Kooperationen diversifizieren

Die Diversifizierung der Wasserstoffproduktion muss ein prioritäres Anliegen auf Regierungsebene mit dem Hintergrund der Risikominimierung und zur Verhinderung von einseitigen Abhängigkeiten sein. Auch über die Grenzen der EU hinaus ist eine koordinierende Funktion wichtig, da H₂ in erheblichem Umfang importiert werden wird. Kooperationen müssen im Sinne der Diversifizierung nicht nur mit Ländern im Norden Europas

eingegangen werden, sondern auch mit sonnen- und windreichen Ländern in anderen Teilen der Welt, beispielsweise Nordafrika.

4 Integrierten Infrastrukturausbau voranbringen

Strom-, Gas- und CO₂-Netze müssen zusammen geplant, gebaut und verzahnt werden

Um den steigenden Anteil dezentraler Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, neuer Verbraucher aus dem Industrie-, Verkehrs- und dem Wärmebereich und einen intensivierten grenzüberschreitenden Stromhandel zu integrieren, ist ein leistungsfähiges, flexibles und steuerungsfähiges Stromsystem nötig, das intelligent mit der Gas- und einer zu errichtenden Wasserstoffinfrastruktur und den Verbrauchssektoren vernetzt ist.

Auch das Gasnetz spielt für die Versorgungssicherheit eine wichtige Rolle. So kann die Gasfernleitungsinfrastruktur für den überregionalen Transport von klimaneutralen gasförmigen Energieträgern wie grünem Wasserstoff genutzt werden. Dies ermöglicht auch Speicheroptionen, etwa saisonale Wasserstoffspeicher, die zur Steigerung der Flexibilität des Energiesystems dringend benötigt werden. Aus- und Einstiegspläne müssen dabei aufeinander abgestimmt werden.

Gleichzeitig muss ein europäisches CO₂-Transportnetz geplant und möglichst schnell umgesetzt werden. So benötigt die Herstellung von synthetischen Fuels Wasserstoff *und* Kohlenstoff. Der Entwurf einer Industrial Carbon Management Strategie der EU weist in die richtige Richtung. Bis ein europäisches CO₂-Transportnetz existiert, ist es sinnvoll, in den Regionen Inselnetze aufzubauen. Für Bayern haben wir mit der Studie *Analyse CO₂-Infrastrukturbedarf in Bayern* (vbw / FfE, 2023) gezeigt, wie ein solches Startnetz aussehen muss, um insbesondere unvermeidbare Emissionen aus der Kalk- und Zementindustrie sowie Emissionen aus Müllverbrennungsanlagen zu (Zwischen-)Speichern oder Weiterverwenden, z. B. chemische Industrie, zu transportieren.

Ansprechpartner/Impressum

Dr. Manuel Schölles

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-246
manuel.schoelles@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Februar 2024